

Bezirksausschuss 12 Nikolaiplatz 1b D-80802 München

An die
LH München
Direktorium
HA II

15.1.2019

SPD-Fraktion im Bezirksausschuss Schwabing-Freimann

Thema: Wertstoffinseln

Antrag:

- Die Bezirksausschüsse sind über genehmigte, abgelehnte und aufzulassende Standorte für Wertstoffinseln zu unterrichten, die BA-Satzung ist entsprechend anzupassen.
- Die Kriterien, die ein Standort erfüllen muss, werden schriftlich fixiert und veröffentlicht.
- Ein öffentlich einsehbares Kataster von Standorten in Kartenform wird eingerichtet.
- Es werden Kriterien und Verfahren schriftlich fixiert und veröffentlicht, die geeignet sind, eine Mindestversorgung dauerhaft sicherzustellen.
- Es wird ein Verfahren entwickelt und eingeführt, das sicherstellt, dass der Platzbedarf für Wertstoffinseln bei der Planung und Errichtung von Neubaugebieten so früh als möglich berücksichtigt wird.

Begründung:

Das derzeit in München praktizierte Verfahren zur Errichtung von Wertstoffinseln ist in hohem Maße intransparent. Entscheidungen können weder von der betroffenen Bevölkerung noch von den Bezirksausschüssen nachvollzogen werden, sie werden nicht bekanntgegeben. Die Bezirksausschüsse werden bei der Beantragung neuer Standorte zwar angehört, aber nicht darüber unterrichtet, ob Standorte genehmigt, abgelehnt oder aufgelassen werden. Die Kriterien, die ein Standort erfüllen muss, sind nur zum Teil bekannt und vermutlich nicht einmal schriftlich fixiert.

Ein öffentlich einsehbares Kataster vorhandener Standorte in Kartenform fehlt, es gibt lediglich eine unübersichtliche alphabetische Liste der Adressen.

Es wird auch nicht geprüft, ob es Gebiete ohne ausreichende Versorgung gibt. Auch wenn dies als städtische Aufgabe nicht gesetzlich festgeschrieben ist, so ist es doch wünschenswert, hierzu Kriterien und Verfahren zu entwickeln.

Bei der Planung und Errichtung von dicht besiedelten Entwicklungsgebieten wird der Platzbedarf für Wertstoffinseln oft nicht rechtzeitig berücksichtigt, was bei den relativ strengen Standortkriterien dazu führt, dass später Standorte kaum mehr gefunden werden können.

Ziel des Antrags ist es, die Schwachstellen des jetzigen Verfahrens zu beseitigen und Versorgungslücken zu vermeiden.

Unterschrift

Dietrich Keitel

BA-Beschluss
einstimmig/mehrheitlich angenommen/abgelehnt